



BürgerInnenbrief

27. August 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Größenwahn Olympia +++ Schuldenbremse +++ Arbeit zum Nulltarif? +++ Osten im Fokus +++ Zeise-Parkplatz

Liebe Leserinnen und Leser,



Zeichnung von Birgit Kiupel

in den kommenden Monaten stehen viele wichtige Entscheidungen an: Insbesondere die Haushaltsberatungen und die Neuwahl der Hamburgischen Bürgerschaft am 15. Februar 2015 werden uns intensiv beschäftigen. Wir werden darüber wie gewohnt nicht zuletzt über und in diesem BürgerInnenbrief berichten, in dieser Nummer z.B. über eine Reihe problematischer arbeitsmarktpolitischer Entwicklungen. Gerne nehmen wir Kritik und Anregungen entgegen, immer auch Einschätzungen und Berichte aus den Stadtteilen über anliegende Konflikte und Bewegungen.

Wir hätten in dieser Ausgabe gerne schon über den Ausgang des Seilbahn-Bürgerentscheids im Bezirk Hamburg-Mitte berichtet. Doch die Auszählung der rund 55.000 Stimmen – das macht etwa ein Viertel aller Stimmberechtigten aus – ist bis Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. **Offenbar aber hat die Mehrheit gegen die Seilbahn gestimmt!** Wie auch immer der Entscheid ausgeht, wir bleiben bei der Fähre oder nutzen den Elbtunnel, um auf »die andere Seite« der Elbe zu kommen. Heike Sudmann und Tim Golke sowie Michael Joho für die BB-Redaktion

Der nächste Größenwahn: Olympia in Hamburg

Von Özgür Yildiz



Das Münchener Olympia-Projekt 2022 ist bei den Bürgerinnen und Bürgern durchgefallen: Im November 2013 stimmte die überwiegende Mehrheit der Gemeinden München, Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgadener Land und des Landkreises Taunusstein in einem Bürgerentscheid gegen die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele. Statt reumütig zu hinterfragen, weshalb landauf, landab BürgerInnen gegen irrwitzige Größenwahn-Projekte aufbegehren, hat es der Hamburger Senat vorgezogen, sich für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele für 2024 bzw. 2028 bewerben zu wollen. Das letzte Millionengrab für den Hamburger Steuerzahler ist schließlich schon einige Monate her...

Treibende Kraft hinter einer Olympiabewerbung ist zweifellos die Wirtschaft. Handelskammer, Tourismusverband & Co. hoffen auf satte Gewinne. Denn das Heer an AthletInnen und TouristInnen muss für den 16-tägigen Event ja irgendwo unterkommen. Dass Olympische Spiele sogar dazu führen, dass Touristen gerade fernbleiben, interessiert die Wirtschaftslobby nicht. Bewerbung und Austragung zahlen schließlich die SteuerzahlerInnen. Da keimt Hoffnung auf.

Dass Olympische Spiele ein Desaster werden können, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Denn überall, wo die Heuschrecke Olympia bisher durchgezogen ist, hinterließ sie Chaos in Form von milliardenschweren Schulden, Gentrifizierung und Umweltschäden. Neben einigen wenigen Wirtschaftszweigen profitiert weitgehend nur das korrupte und intransparente In-

ternationale Olympische Komitee (IOC). Es zwingt die Ausrichter mit rechtlich fragwürdigen Knebelverträgen (so genannten Host-City-Contracts), fast sämtliche Kosten zu tragen, während es die Profite selbst abschöpft. Nicht umsonst ist Olympia als Marke mit 47,6 Mrd. US-Dollar das zweitwertvollste »Unternehmen« der Welt und damit sogar wertvoller als der Internetgigant Google. Athen beispielsweise zahlte für die Austragung der Spiele 2004 fast 15 Mrd. und Peking 2008 ca. 33 Mrd. Euro. Die Spiele in London 2012, die von Sportsenator Neumann und anderen BefürworterInnen als Vorbild für eine Hamburger Ausrichtung genannt werden, kosteten die Briten über 28 Mrd. Euro. Die Durchführungskosten, die nur einen kleinen Bruchteil der Gesamtkosten darstellen, betragen bei der letzten Austragung satte 2,9 Mrd. Euro. Nicht umsonst haben Rom und Toronto mit Verweis auf die Kosten auf die Austragung der Olympischen Spiele 2020 verzichtet.

Grundsätzlich befürworten SPD, CDU, Grüne und FDP eine Olympiabewerbung Hamburgs. Doch die markanten Worte,

Özgür Yildiz ist wissenschaftlicher Referent des sportpolitischen Sprechers der Hamburger Linksfraktion, Mehmet Yildiz. In der Fraktion beschäftigen sich Mehmet Yildiz, Sportausschussmitglied, und Heike Sudmann als stadtentwicklungspolitische Sprecherin und Mitglied der Parlamentarischen Begleitgruppe, mit der Hamburger Bewerbung um die Olympischen Spiele.

sich nur für Olympia zu bewerben, wenn das IOC tiefgreifende Reformen vorantreibt, sind letztlich Lippenbekenntnisse. Unabhängig davon, ob die von Thomas Bach angestoßene »Agenda 2020« überhaupt Substanzielles hergeben wird, gilt es als sicher, dass der Reformprozess mehrere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern wird. Überhaupt rechnen ExpertInnen mit nennenswerten Änderungen der Ausschreibungspraxis frühestens 2028 bzw. 2032. Wahrscheinlicher ist, dass am Ende ein kleines »Reförmchen« herauskommt, das keine tiefgreifenden Änderungen insbesondere bei der Frage der Kostenaufteilung vorsieht. Warum SPD, CDU, Grüne und FDP wider besseres Wissen trotzdem unter Zeitdruck an einer Bewerbung für 2024 (Frist: November 2015) arbeiten, ist völlig unverständlich.

Doch nicht nur die Austragung Olympischer Spiele schlägt mit zweistelligen Milliardenbeträgen zu Buche. 2003 versenkte der damalige CDU-Schill-FDP-Senat mindestens 10 Mio. Euro für Kampagnen und verlor in der nationalen Olympia-Ausscheidungsphase gegen Leipzig. Mittlerweile beziffert das IOC die reinen Bewerbungskosten auf durchschnittlich 70 bis 100 Mio. Dollar. Ein ähnliches Finanzdebakel wird auch Hamburg fürchten müssen, wenn es die unwahrscheinliche Hürde der nationalen Ausscheidung schafft, zumal voraussichtlich mit Berlin diesmal – im Unterschied zu 2003 – ein deutlich aussichtsreicherer Kandidat mit ins Rennen geht. Bis dahin Millionen für Kampagnen und Konzepte auszugeben, während Sportplätze und Sporthallen in Hamburg weiter vor sich hingammeln und Jugendhäuser aufgrund des Kürzungsdiktats ausgetrocknet werden, ist aus Sicht der LINKEN unverantwortlich.

Nachvollziehbarer wäre es, wenn die Akteure vor der Studie zumindest abgewartet hätten, bis erste Eckpunkte einer angedachten Reform vom IOC beschlossen würden. Dies ist aber erst im Dezember 2014 der Fall und auch dann wird nur eine »Road Map« beschlossen, welche definiert, wann etwas umgesetzt werden soll. Statt Politik mit Augenmaß zu betreiben, zieht es der Senat aber vor, den Kapitalinteressen der Wirtschaftslobby nachzugeben. Schließlich betonte der Tourismusverband Hamburg im goldenen Saal des Kempinski-Hotels im Beisein des Sportsenators, dass Sportevents »Goldgruben« seien. Da lässt man sich nicht lange bitten.

Olympiaden der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass

- die Austragung fast immer einen negativen Effekt auf die Haushaltsslage der Städte hatte. Teilweise konnten die **öffentlichen Schulden in Milliardenhöhe** erst Jahrzehnte später getilgt werden.
- die tatsächlichen Kosten in allen Fällen bei weitem die kalkulierten Kosten übersteigen. Teilweise gibt es **Abweichungen von bis zu 1400%**, wie im Fall der Olympiade in Montreal 1976.
- mit der Austragung der Spiele die **Verdrängung** besonders von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen aus angestammten Wohnverhältnissen einhergeht.
- es zu einer **Zunahme von Umweltbelastungen** u.a. durch erhöhtes Verkehrsaufkommen kommt.
- **kaum Breitensportliche Wirkungen** erzielt werden.

Hinzu kommt, dass der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) sich eigenmächtig entschieden hat, selbst auszuwäh-

len, wann und mit welcher deutschen Stadt sich bewerben wird – vorbei an der Bevölkerung. Die darf, sollte es nach den BefürworterInnen gehen, nur noch die Entscheidung abnicken.

Vor diesem Hintergrund lehnt DIE LINKE jeden Versuch ab, eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 und 2028 zu rechtfertigen. Hamburg braucht breitensportliche Investitionen in Sportinfrastruktur und Programme zur Beteiligung aller Bevölkerungsschichten und keinen einmaligen Event, der zulasten Hamburgs geht. »16 Tage feiern – 16 Jahre zahlen« kann und darf nicht das Motto für die sportliche Zukunft Hamburgs sein.



Der Arbeitsschwerpunkt StadtRaum Hamburg der Bundeskoordination Internationalismus (Buko), die Rosa Luxemburg Stiftung und (am 21.10.) Zusammen Leben & Arbeiten laden ein zu einer Veranstaltungsreihe zu Sportgrobevents als Katalysator für Aufwertungsvisionen, anders ausgedrückt, zu Brot und Spielen:

- **Mittwoch, 10.9.2014**, 19.30 Uhr, Centro Sociale, Sternstraße 2: **Sportgrobevents, Sicherheitspolitik und Widerstand** – Mit Kurzinputs von Stefanie Baasch zur »Festivalisierung von Sicherheitspolitik am Beispiel der Fußball-WM 2006 in Deutschland«, Oliver Pohlisch über »Sperrzonen, Ausnahmezustand und Militarisierung in London zu Olympia 2012« und Stephan Lanz zur »Stadtentwicklung der Megaevents: »Pazifizierung« der Favelas, Massenproteste und Widerstand in Rio de Janeiro«, Moderation: Manuel Osório, Anne Vogelpohl
- **Dienstag, 3.10.2014**, 19.30 Uhr, Centro Sociale, Sternstraße 2: **Sportgrobevents, städtische Umstrukturierung und Widerstand** – Mit Kurzinputs von Katharina Schmidt zu »WM, Olympia & Co: Anmerkungen zur aktuellen stadtpolitischen Vision von/für Rio«, Sibille Bauriedl zu »Games 2012: Gentrifizierung des Londoner Ostens abfeiern« und Kathrin Wildner: »Io urbano – Perspektiven auf Raum- & Raumanieugung aus Lateinamerika«, Moderation: Nicole Vrenegor und Ulf Treger
- **Dienstag, 21.10.2014**, 19.30 Uhr, Lichtmeß, Gaußstraße 25: **Hamburg macht nun in Olympia: Konzepte, Ziele und Proteste, Werkstattgespräch** – Mit Kurzinputs von Joachim Häfele zur »Sicherheitspolitik und öffentlicher Raum«, Ulf Treger zum Thema »Die Bewerbung ist wichtiger als der Zuschlag: Olympia als Identitätsstifter« und Manuel Osório zu »Hamburg bastelt an Olympia 2024+«

Hamburg, die Schuldenbremse & Spielräume

Von Joachim Bischoff



Umverteilungskundgebung vor der Handelskammer, 29.9.2012 (M. Joho)

Die Schulferien sind zu Ende. Die Bürgerschaft eröffnet die Beratungen zum neuen Doppelhaushalt 2015/16. Vor den Schulferien wurden die BürgerInnen mit Warnungen vor einem Riesendefizit erschreckt, vor nahezu unbezahlbaren Pensions- und Vorsorgeleistungen sowie dramatischen Haushaltskürzungen im Bereich der Investitionen und der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur. Jetzt melden die Medien übervolle Kassen in der Finanzbehörde und einen möglichen ausgeglichenen Haushalt – also keine neuen Kredite – bereits im laufenden Jahr. Wie ist denn nun die wirkliche Lage der öffentlichen Finanzen?

1. Laut »Quartalsbericht II« der Finanzbehörde hat Hamburg per 30. Juni 2014 einen Überschuss von 572 Mio. Euro in der Kasse. Erwartet worden war bei der Haushaltsplanung für das gesamte Jahr 2014 eigentlich ein Defizit von 360 Mio. und eine Nettokreditaufnahme von 300 Mio. Euro. »Das ist im Vergleich zu den Vorjahren ein gutes Halbjahresergebnis«, sagt der Sprecher der Finanzbehörde. Jubel über einen ausgeglichenen Jahreshaushalt sei allerdings falsch. »Der Haushaltsverlauf für das gesamte Jahr kann hieraus nicht abgeleitet werden, weil sich die Einnahmen und Ausgaben der Stadt nicht gleichmäßig über das Jahr verteilen.«
2. Richtig ist, dass Hamburg zu den wenigen Bundesländern mit einem harten und »erfolgreichen« Sparkurs zählt. Hessen konnte neben Hamburg und Rheinland-Pfalz im Jahres-

vergleich die deutlichsten Konsolidierungserfolge erzielen, wie aus der Studie »Länderfinanzbenchmarking 2014« der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers (PwC) hervorgeht. Den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg prognostizierten die Wirtschaftsprüfer die besten Erfolgsaussichten auf dem Weg zur Erfüllung der Schuldenbremse bis 2020, Bremen und das Saarland kämpfen dagegen mit besonders hohen Zins- und Versorgungslasten, sodass ihre finanziellen Spielräume klein und die Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt ohne fremde Hilfe gering seien. Die Berater warnen in ihrer Studie davor, dass viele Länder bei ihren Sparbemühungen ihre Investitionen in Straßen und öffentliche Gebäude drosselten. Dabei bestehe die Gefahr, dass die Kosten später höher ausfallen und der Verlust an Wirtschaftskraft größer würde.

Auch in Hamburg haben die politischen Instanzen jahrelang diese Methode der Verschleierung eines Teiles der Vermögensbestände der Hansestadt praktiziert. Mit dem Übergang zur kaufmännischen Rechnungsführung 2014 kam die Stunde der Wahrheit. Hamburg muss weitaus höhere Lasten bei den Versorgungsleistungen und den Wertverlusten (Abschreibungen) bei der öffentlichen Infrastruktur in Rechnung stellen.

3. Fakt bleibt für das laufende Jahr: Mit 5,156 Mrd. Euro hat die Stadt schon zur Halbzeit 54,5% der fürs Gesamtjahr ein-

geplanten Steuereinnahmen von 9,456 Mrd. Euro kassiert. Verantwortlich dafür sind a) die Lohnsteuer, weil die Beschäftigung in der Berliner Republik immer noch hoch ist. Außerdem: Die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist in den letzten 25 Jahren signifikant gestiegen, das geht aus einer Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts im Auftrag der Haspa (»L(i)ebenswertes Hamburg. Wohnen und arbeiten in Hamburg - heute und vor 25 Jahren«) hervor. Im Zeitraum von 1991 bis 2012 ist ein Anstieg von rund 145.000 Erwerbstätigen zu verzeichnen. Zudem wuchs die Bevölkerung um 124.000 EinwohnerInnen, die sich besonders am Stadtrand angesiedelt haben. Und b) die Körperschaftssteuer, die mit 344 Mio. Euro schon 122% des für das ganze Jahr erwarteten Wertes in die Kasse gespült hat. Positiv hat sich auch die Erbschaftssteuer entwickelt.

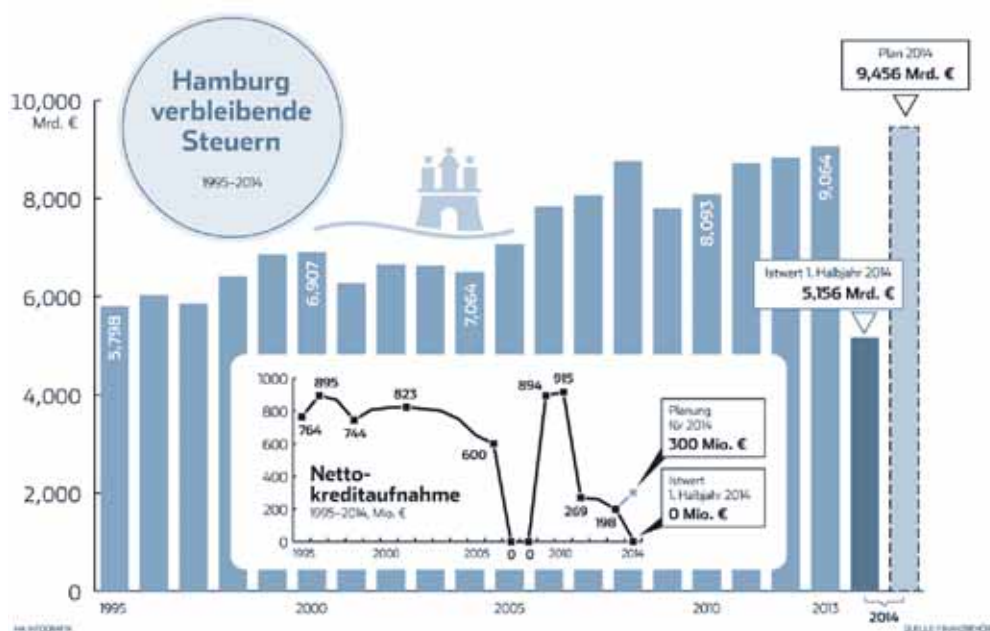
4. Aber die positive Entwicklung kann nicht auf die nächsten sechs Monate verlängert werden. Daher ist auch die Finanzbehörde zurückhaltend, weil es erstens deutlich erhöhte konjunkturelle Risiken gibt, deren Wirkungen auf die Steuereinnahmen schwer einzuschätzen sind. Zweitens kann aus dem Haushaltsverlauf des ersten Halbjahres nicht einfach auf das ganze Jahr hochgerechnet werden, »weil sich die Einnahmen und Ausgaben der Stadt nicht gleichmäßig über das Jahr verteilen«. Fakt ist: Hamburger Firmen blicken skeptischer in die Zukunft. Denn selbst wenn aktuell mehr als 40% der Hamburger Industrieunternehmen ihre Geschäftslage als gut und nur etwa 7% als schlecht bezeichnen, so sind doch die Erwartungen auch wegen der Ukraine-Krise für die kommenden zwölf Monate im Vergleich zum Vorquartal stark eingebrochen.
5. Was heißt dies politisch? Dazu der Finanzexperte der SPD-Fraktion, Jan Quast: »Wir freuen uns über diese sehr gute Entwicklung der Einnahmen im ersten Halbjahr. Das zeigt, dass die Schmähungen der Opposition hinsichtlich einer vergleichsweise bröckelnden Wirtschaftskraft der Stadt der Grundlage entbehren.« Logisch, dass die SPD-Fraktion

an ihrem Kürzungskurs trotzdem festhält: »Die gleichzeitig stabile Entwicklung der Ausgaben lässt aber den Schuldenstopp in greifbare Nähe rücken.« Offiziell peilt Hamburg 2019 als erstes Jahr ohne Neuverschuldung an. Anlässlich der sehr positiven Steuerschätzung hatte Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) im Mai davon gesprochen, dass man dieses Ziel schon eher erreichen könnte.

Die GRÜNEN fordern einträchtig mit CDU und FDP einen rigoroseren Sparkurs ein. Vor allem beim Personal könne deutlich mehr herausgeholt werden. GRÜNEN-Fraktionschef Jens Kerstan: »Die Steuern laufen gut, die Zinsen und die Investitionen sind niedrig. Eine Sparanstrengung des Senats kann ich aus diesen Zahlen nicht ablesen, im Gegenteil: Er nutzt die guten Einnahmen, um die Ausgaben weiter zu steigern.« Angesichts dieser politischen Orientierungslosigkeit bleibt der Trost: Eine erneute schwarz-grüne Koalition wird es wohl 2015 nicht geben. Die GRÜNEN werden in einer Koalition mit der SPD zum Pragmatismus gezwungen werden.

6. Der Haushaltsexperte der Linkspartei, Norbert Hackbusch, verweist auf die dunklen Seiten des Sparkurses: »Ob bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen, den Wohnunterkünften, im Sozial- und im Kulturbereich oder beim öffentlichen Eigentum - überall fehlt Geld.«

In der Tat: Der SPD-Senat wäre klug beraten, wenn er den überraschenden finanzpolitischen Spielraum mindestens teilweise (etwa zur Hälfte, das wären 250 Mio. Euro) dazu nutzt, um erstens in die öffentliche Infrastruktur zu investieren (z.B. in die Ausweitung der Förderung des Baus von preiswerten Wohnungen), um damit auch weiteren Vermögensschwund zu verhindern, und zweitens einige dringende soziale Notlagen zu beheben. Dazu gehören etwa eine bessere finanzielle und materielle Ausstattung der Flüchtlingspolitik und die beschleunigte Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, aber auch Maßnahmen zur Qualifikation von Langzeitarbeitslosen und die Förderung der benachteiligten Wohnquartiere. Schließlich aber sollte der SPD-Senat bei aller Freude über Steuermehreinnahmen nicht vergessen, dass wir nach wie vor eine massive Unterfinanzierung bei den öffentlichen Ausgaben haben. Die »Schuldenbremse« wird nur dann zu einem wirklichen Haushaltsausgleich führen, wenn eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Angelegenheiten durch eine entsprechende Steuerpolitik sichergestellt wird. Allerdings stellen sich der SPD-Senat wie auch die bürgerlichen Oppositionsparteien in einer unheiligen Großen Koalition in dieser Frage taub.



Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

L(i)ebenswertes Hamburg. Wohnen und arbeiten in Hamburg – heute und vor 25 Jahren, so ist eine vom Hamburgischen Weltwirtschafts-Institut erarbeitete und von der Haspa herausgegebene Studie überschrieben. Verglichen werden einerseits die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 und des Mikrozensus von 2011, andererseits Prognosen für die Entwicklung im kommenden Vierteljahrhundert entwickelt. Eine Kernthese: »Der Bedarf für eine jährliche Neubauaktivität von 5.500 Wohneinheiten pro Jahr in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten ist aus gegenwärtiger Sicht schon alleine aufgrund der ... genannten demografischen Trends gegeben« (S. 16). Aus unserer Perspektive formuliert: Unabhängig von der aktuellen Wohnungsnot in Hamburg sind alleine wegen des Bevölkerungswachstums pro Jahr 5.500 Wohnungen vonnöten! Hier findet sich das Material: www.hwwi.org/publikationen/partnerpublikationen/haspa/liebenswertes-hamburg-wohnen-und-arbeiten-in-hamburg-heute-und-vor-25-jahren.html.



Die KollegInnen des Statistikamts haben sich anlässlich des 350. Geburtstages von Altona »auf Spurensuche begeben und dem Ort anhand alter Veröffentlichungen nachgespürt«. Daraus ergibt sich z.B. die erste, für 1769 belegte EinwohnerInnenzahl von 18.055 Menschen: »Wenig Bediente des Staats, wenig Gesinde in den Häusern, wenig dem Publico zur Last fallende Armen. Wirklich, Altona verdient Aufmerksamkeit.« Das z.T. durchaus amüsante Material **Altona im Spiegel der Statistik** vom 22. August 2014 gibt es hier: www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/350-jahre-altona-1.

Und gleich noch einmal »Statistik informiert«, in diesem Fall vom 11. August und zum Thema Ausstattung der privaten Haushalte in Hamburg 2013. Dort ist z.B. zu erfahren, dass der Anteil von Personenkraftwagen in den hiesigen Haushalten von 60,5% (2003) auf 55,9% (2013) zurückgegangen ist. Mobile Personalcomputer haben in diesem Jahrzehnt – wen wundert's? – von 17,3% auf 70,9% zugenommen. Dieses und einiges mehr unter www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI14_135pdf.

Das Ringen um den Erhalt, die Verstärkung und Ausweitung der **Quartiers- und Stadtteilbeiräte** hat zu einer 15seitigen **Senatsmitteilung** geführt. In dieser Drucksache 20/12743 vom 19. August (www.buergerschaft-hh.de/parldok/) bescheinigen der Senat und alle sieben Bezirksämter den bestehenden rund 50 Beiratsgremien, gute Arbeit zu leisten, aber eine dauerhafte Absicherung, gar ein eigener Etatposten (wie ihn das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte und DIE LINKE fordern) sind nicht drin. Verwiesen wird vielmehr auf den »Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit«, der 2013/2014 mit je 1,5 Mio. Euro bestückt war und im Doppelhaushalt 2015/2016 um jeweils eine halbe Mio. Euro aufgestockt wird, ein Fonds, aus dem sich jedoch alle möglichen zusammengekürzten oder gedeckelten Einrichtungen und Vereine auf Bezirksebene Hilfe wenigstens für ein Jahr erhoffen. Der Kampf um die Anerkennung der »Stadtteildemokratie von unten« geht also weiter.

Noch bis zum **7. September** läuft im Park Fiction das Projekt **Fab(ulous) St. Pauli**. Fast vier Wochen lang werden hier neue Formen der Betätigung erprobt, sei es mit Blick auf eine »offene Bildungsstätte«, unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen oder auch bezüglich der Lokalen Ökonomie. »Das Fab Lab ist ein innovativer, kreativer und sozialer Ort nicht nur für Anwohner_innen, sondern für alle Hamburger_innen und auch Besucher_innen«, um »mitten in der Stadt Leben und Arbeiten in einer neuen Weise« zu verbinden. Mehr unter www.fablab-hamburg.org/uber-fabulous-st-pauli/.

Vom **23. bis 31. August** finden in Hamburg im August-Lütgens-Park (Hospitalstraße 107) die diesjährigen **Squatting Days** statt. Im Mittelpunkt steht der europaweite Erfahrungsaustausch über Leerstände und effektive Hausbesetzungen. Für Samstag, den 30. August, ist ein übergreifender Aktionstag angesagt. Mehr unter <http://squattingdays.noblogs.org>. In diesem Zusammenhang gibt es am **Mittwoch, den 27. August**, um 18 Uhr ab Zomia-Bauwagenplatz (Max-Brauer-Allee 220) zunächst einen nicht angemeldeten Stadtteilrundgang

durchs Schanzenviertel unter dem Titel **Glas bricht – Widerstand nicht!** »Wir besuchen spannende Orte des Widerstands. Kompetente Menschen haben uns Spannendes zu erzählen und Spaß soll auch dabei sein.« Nicht zuletzt zum ehemaligen Wasserturm, heute Mövenpick-Hotel, wo der Rundgang endet. – Um 19 Uhr wird im



»Metropolis« der Film **Park Fiction – Die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen** (Deutschland 1999, von Margit Czenki, 61 Min.) vorgeführt. Veranschaulicht wird hier ein alternatives Modell der basisdemokratischen Planung, die als »Wunschproduktion« in den Wortschatz der Szene übergegangen ist und dessen Ergebnis der Park Fiction nahe den Elbtreppe ist. – Und um 20 Uhr stellen im »Köllibri« (Hein-Köllisch-Platz 11) der Herausgeber Andrej Holm und Co-Autor azozomox ihr neues, bei Assoziation A erschienenes Buch **Reclaim Berlin – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt** vor.

Einen **Tag der offenen Tür** gibt es am **Samstag, dem 6. September**, im Hamburger Rathaus. Ab 10 Uhr können Interessierte in Kontakt treten mit den Bürgerschaftsparteien und Einrichtungen, in Diskussionsrunden werden wichtige Themen der städtischen Politik behandelt.

Zwei Tage lang ist am **12./13. September** die Bundeshauptstadt zu erleben, unter besonderer Berücksichtigung von Einrichtungen der **Basiskultur in Berlin**. Auf Einladung Jan van Akens, des Hamburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN, können Interessierte an dieser weitgehend kostenfreien Infotour teilnehmen. Näheres auf Anfrage bei Berit Köhler (jan.vanaken@wk.bundestag.de) oder Siri Keil (siri.keil@linksfraktion-hamburg.de).

Vom **12. bis 14. September** wähen die diesjährigen **Tage des offenen Denkmals**, veranstaltet von der Hamburger Denkmalpflege, der Stiftung Denkmalpflege Hamburg sowie der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Interessierte erhalten die Möglichkeit, neben der Teilnahme an verschiedenen Vorträgen mehr als 100 markante Orte in rund 50 Stadtteilen unter kompetenter Führung zu erkunden. Ob es um den Alten Lokschuppen in Harburg, die Ohlendorffsche Villa in Volksdorf oder eine Etagenwohnung in der legendären Haynstraße 1 geht, überall öffnen sich Türen für ungewohnte Einblicke. Das 80seitige Programm findet sich unter www.denkmalstiftung.de/docs/isi_doc/TdoD-14_Programm_web.pdf?PHPSESSID=d5abfc3d197f2ec9a749605281ef041c. Und wer immer schon mal wissen wollte, welche Gebäude in Hamburg unter Denkmalschutz stehen, findet sie hier nach Bezirken und Straßen sortiert: www.hamburg.de/kulturbehoerde/denkmalliste.

Das Hamburger Bündnis gegen Wohnungsnot lädt für Dienstag, den **23. September**, ein zur Podiumsdiskussion **Das Ende der Wohnungslosigkeit – Ein Plan für Hamburg**. Es wird viel über den überfälligen Wohnungsneubau gesprochen, doch wer sorgt sich darum, dass Wohnungslose ein Domizil finden? Konkret, wie kann die Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg innerhalb von fünf Jahren halbiert werden? Darüber diskutieren um 19 Uhr in der Tagesaufenthaltsstätte »Herz As« (Norderstraße 50) im Münzviertel die Bürgerschaftsabgeordneten Ksenja Bekeris (SPD), Dr. Friederike Föcking (CDU), Katharina Fegebank (DIE GRÜNEN), jemand von der FDP und Cansu Özdemir (DIE LINKE), moderieren wird Volker Busch-Geertsema von der GISS-Bremen.

Am **26./27. September** finden, nunmehr zum 11. Mal, die von Stattdbau Hamburg organisierten **Hamburger Wohnprojekte-Tage** statt. Zunächst gibt es am Freitag, den 26. September, von 16.00 bis 20.30 Uhr in der ehemaligen HWP (Von-Melle-Park 9) eine Fachtagung unter dem Titel »Hamburg baut! ... Für wen?« In den ersten beiden Stunden gibt es mehrere Kurzvorträge, um 18.20 Uhr startet eine Podiumsdiskussion mit den stadtentwicklungspolitischen SprecherInnen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, darunter Heike Sudmann für die Linksfraktion. Am Samstag, den 27. September, sind von 10 bis 12 Uhr Rundgänge und Besichtigungen vorgesehen, von 14 bis 18 Uhr gibt es Workshops, zuguterletzt von 18.15 bis 20.15 Uhr ein Wohngruppenforum für alle Wohnprojekte-Interessierten. Infos unter www.stattbau-hamburg.de.



500 Null-Euro-Jobs: Arbeit zum Nulltarif?

Von Tim Golke und Meinulf Krön



www.gegen-hartz.de (Hintergrund: wikimedia)

In Hamburg steigt die Langzeitarbeitslosigkeit gegenüber dem Bundestrend deutlich an. Die Stadt wird zudem zunehmend sozial gespalten. Fast 15% der BürgerInnen sind mittlerweile von Armut bedroht. Der zuständige SPD-Sozialsenator Scheele hatte in dieser Lage dennoch bislang nur die unsinnigen Ein-Euro-Jobs als »sozialen Arbeitsmarkt« ausgegeben. Einen echten »sozialen Arbeitsmarkt«, wie er bereits in Baden-Württemberg, aber auch im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen erprobt wird, gibt es bislang in Hamburg nicht. In dieser Situation sollen nun die bisherigen Ein-Euro-Jobs auch noch weitgehend gestrichen werden und stattdessen 500 »Null-Euro-Jobs« als Plätze in Bildungsmaßnahmen mit Arbeitsanteil fern jedes echten Beschäftigungsverhältnisses eingerichtet werden (das so genannte Förderzentrum produktionsorientierte Tätigkeiten). Hier soll es noch nicht einmal mehr die bei den Ein-Euro-Jobs gezahlten 1,60 Euro pro Arbeitsstunde als kleines Zubrot zum Regelbedarf geben. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird damit jedenfalls nicht gefördert.

In dieser Situation fordern das Bündnis gegen Rotstift und sogar die Beschäftigungsträger in Hamburg einen sozialen Arbeitsmarkt mit 1.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, der vor allem in besonders benachteiligten Stadtteilen aushelfen soll. Die Partei DIE LINKE fordert dagegen schon lange, anstelle von reinen Beschäftigungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen normale Arbeitsplätze einzurichten. Ein irgendwie gearteter sozialer Arbeitsmarkt würde insofern aber in genau die entgegengesetzte Richtung zielen.

Eine aktuelle Anfrage an den Senat zu den Null-Euro-Jobs hat zudem ergeben, dass Sozialsenator Scheele bereits über die Bundesagentur für Arbeit ein Ausschreibungsverfahren eingeleitet hat, um rasch und ohne parlamentarische Debatte

Tatsachen zu schaffen (Drs. 20/12713). Behauptet wird nunmehr, dass es sich um Maßnahmen handle, die besonders für Personen in Frage kämen, für die klassische Arbeitsgelegenheiten zu starr konzipiert seien. Diese Argumentation vernebelt die Tatsache, dass Senator Scheele in Hamburg schlicht an den engen gesetzlichen Vorgaben vorbei die bisherigen Ein-Euro-Jobs arbeitsmarktnah ausrichten will. Das ist dann unter Sanktionsdrohung von langzeiterwerbslosen Menschen abgepresste zwangsweise Arbeit zum Nulltarif. Bereits im Juli hatte Scheele offen zugegeben, dass zukünftig 500 Hartz-IV-EmpfängerInnen endlich sinnvolle Arbeiten verrichten sollten, zum Beispiel im Garten- und Landschaftsbau, in der Holz- und Metallverarbeitung und in der Gastronomie. Dies seien Tätigkeiten, an deren Ende ein Produkt oder eine Leistung stehe, auf die man stolz sein könne. Nur so fänden diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zurück. Im Gesetz ist bislang jedoch nicht grundlos geregelt, dass Arbeitsgelegenheiten (also die bisherigen Ein-Euro-Jobs) gerade keine Arbeitsverhältnisse sein sollen. Das Erfordernis, dass Ein-Euro-Jobs überhaupt nur zulässig sind, wenn die Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen und das Arbeitsergebnis schlicht der Allgemeinheit dient, wird so ausgehebelt. Es wird stattdessen unverblümt eingestanden, dass die neuen Null-Euro-Jobs arbeitsmarktnah sind und damit das Arbeitsergebnis auch überwiegend erwerbswirtschaftlichen Interessen dienen würde. Die angestrebte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt wird damit gerade nicht erreicht. Stattdessen wird die Wirtschaft dieses Angebot nutzen, um möglichst billige Arbeitskräfte zu bekommen. Nach Auslaufen der Null-Euro-Jobs und damit der Wirtschaftsförderung wird für die Betroffenen dann wieder die Langzeitarbeitslosigkeit anstehen. Das so genannte Hamburger Modell hat in der Vergangenheit nämlich bereits gezeigt, dass bei derart unverblümter

Wirtschaftsförderung von Unternehmerseite nur mitgenommen wird, was angeboten wird, ohne den betroffenen Menschen wirklich eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Die entsprechende Vermittlungsquote aus der zumeist geförderten Leiharbeit in normale Arbeitsverhältnisse ist nämlich kläglich gering.

In Köln ist bereits einmal der Versuch gemacht worden, solche arbeitsmarktnahen und unbezahlten Arbeitsgelegenheiten einzurichten. Dieser Versuch ist gescheitert und nicht ohne Grund wieder beendet worden. Jetzt wird ausgerechnet in Hamburg dieser Versuch wiederholt. Es ist zu befürchten, dass es sich sogar um einen Testballon für eine bundesweite Einführung handelt. Während in Nordrhein-Westfalen die SPD testweise in Richtung eines echten sozialen Arbeitsmarktes mit normaler, tariflicher Entlohnung oder wenigstens Mindestlohn geht, schlägt die Hamburger SPD den entgegengesetzten Weg ein. Dass dies auch noch ohne parlamentarische Befassung geschieht, offenbart, dass Senator Scheele die öffentliche Diskussion über seinen fragwür-

digen Kurs fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Hinter all dem steckt zudem Bürgermeister Scholz, der als Mitinitiator der Hartz-Gesetzgebung auf Kosten langzeiterwerbsloser Menschen möglichst kostengünstig der Wirtschaft zuarbeiten will. Hier ist Widerstand nötig. Denn es kann nicht angehen, dass im reichen Hamburg eine derartige Billiglösung eingerichtet wird, die sogar die nachgewiesenermaßen unsinnigen Ein-Euro-Jobs unterbietet. Eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik wird es nur mit Förderung normaler Arbeit vom ersten Tag an geben. Hierzu müssten dann aber auch eigene zusätzliche Landesmittel in die Hand genommen werden. Es ist wenig erstaunlich, dass die Hamburger SPD diesen dreisten Schritt rückwärts in Richtung Vertiefung der Hartz-IV-Misere kritiklos mitträgt und damit weit hinter den sozialdemokratischen Ansätzen aus Nordrhein-Westfalen zurück bleibt. Die SPD hat in Hamburg längst den Willen verloren, Arbeitsmarktpolitik aktiv gestalten zu wollen. Damit in den kommenden Bürgerschaftswahlkampf ziehen zu wollen, kommt einer arbeitsmarktpolitischen Bankrotterklärung gleich.

Probleme durch neue IT im Jobcenter

Von Tim Golke und Meinulf Krön



Foto: wikimedia

Die Bundesagentur für Arbeit hat es nach vielen Jahren geschafft, ein neues Programm für die Leistungssachbearbeitung im Jobcenter bereitzustellen. Bundesweit wird zurzeit auf das IT-Fachverfahren ALLEGRO umgestellt, mit dem das Verfahren »A2LL« endgültig abgelöst werden soll. A2LL hatte schon gravierende Geburtsfehler und konnte den vielen Gesetzesänderungen im Bereich Hartz-IV nie richtig angepasst werden. Es gab daher eine zunehmende Fülle an »Umgehungslösungen«, die die Arbeit in der Leistungssachbearbeitung zunehmend verkompliziert und teilweise sogar lahmgelegt haben. Es gab auch bislang keine Schnittstellen zum Fachverfahren VERBIS der Arbeitsvermittlung, was in der Praxis immer wieder zu Informationsstaus und widersprüchlichem Handeln zwischen Arbeitsvermittlung und Leistungssachbearbeitung geführt hat.

Auf der Homepage von team.arbeit.hamburg liest sich das wie folgt: »Ab 18. August 2014 bundesweite Umstellung. In diesem Jahr wird bundesweit die neue Software »ALLEGRO« zur Berechnung der Geldleistungen eingeführt. Nach und nach werden alle Kundendaten auf die neue Software umgestellt. Mit der Einführung von ALLEGRO erhalten die Kundinnen und Kunden einmalig eine neue Bedarfsgemeinschaftsnummer. Diese ist dem neuen Bewilligungsbescheid oben rechts zu entnehmen. Bei Fragen stehen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Standorten jederzeit gerne zur Verfügung.«

In einem Informationsschreiben des Jobcenter-Standortes Harburg/Süderelbe heißt es, dass der Umstellungsaufwand für die Ablösung des bisherigen Leistungsprogramms A2LL »enorm« sei. Schulungsbedingt seien viele MitarbeiterInnen zeitweilig nicht an ihrem Arbeitsplatz. Die telefonische Erreich-

barkeit werde »wahrscheinlich stark leiden«. Der Senat hat nun auf eine parlamentarische Anfrage hin (Drs. 20/12714) behauptet, dass mit der Umstellung nach Einschätzung des Jobcenters keine Verzögerungen für die KundInnen zu erwarten seien, ihnen entstünden also mit der Einführung von ALLEGRO keine Nachteile. Das klingt nun aber doch eher wie lautes Rufen im Wald. Der couragierte Leiter des Jobcenter-Standorts Harburg/Süderelbe scheint da erheblich realitätsnäher zu sein, wenn er von enormem Umstellungsaufwand spricht.

Trotz der eingeschränkten telefonischen Erreichbarkeit der zu schulenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird zudem nach wie vor die Veröffentlichung der Mitarbeiter-Telefonnummern des Jobcenters verweigert. Es wird nur auf das interne Service-Call-Center des Jobcenters verwiesen und auf die Rückrufmöglichkeit bei Nutzung des Anrufbeantworters. Das ist in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen mit dem Service-Center ziemlich unverschämt. Das Service-Center hat bisher nämlich schon bei der raschen Klärung von existenziellen Fragen häufig nicht weiterhelfen können. Verschiedene Verwaltungsgerichte haben zudem bereits im Sinne einer generellen Offenlegungs-

pfligt entschieden und einen Anspruch auf Bekanntgabe der Telefonliste eines Jobcenters bejaht. Das Jobcenter team.arbeit.hamburg vergibt hier wieder einmal die Chance, tatsächlich bürgerfreundlich zu handeln und sich nicht immer extra noch verurteilen lassen zu müssen.

Der Umstellungsprozess wird mit Sicherheit zu massiven Problemen führen, die in der Bürgerschaft auch angesprochen werden müssen. Es ist allerdings kein gutes Zeichen, dass bislang nur ein einziger Standortleiter den Mut hatte, dies offen zu kommunizieren. Es ist zudem die Chance sinnlos vertan worden, spätestens jetzt nachzubessern und ehrlich und offen zu informieren. Aber wie sollte es anders sein, wenn die Beratungs- und Informationspflichten im Jobcenter team.arbeit.hamburg bislang schon nicht hinreichend erfüllt worden sind und Hartz-IV-Betroffene häufig in existentiellen Notlagen allein gelassen wurden. Es ist zu hoffen, dass der Eingabenausschuss hier nicht wieder als das eigentliche externe »Qualitätsmanagement« des Jobcenters erhalten muss. Wir werden den gesamten Umstellungsprozess jedenfalls kritisch begleiten und die entstehenden Probleme auch parlamentarischer Kontrolle zuführen.

Beschäftigung finanzieren – mit Zusatzmitteln!

Von Tim Golke und Meinulf Kröhn



Foto: Boris Langanke, www.fotocommunity.de

Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hat einen Antrag eingebracht, um beim Jobcenter team.arbeit.hamburg endlich Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu fördern (zu Drs. 20/12564). Zugrunde liegt ein halbherziger Antrag der SPD, dass Hamburg sich nunmehr auch als Modellregion für den so genannten Passiv-Aktiv-Transfer bewerben soll.

Öffentlich-geförderte Beschäftigung ist für viele langzeiterwerbslose Menschen in Anbetracht der chronischen Verweigerungshaltung der ArbeitgeberInnen gegenüber langzeitarbeitslosen Menschen die einzige Chance auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Es ist daher immer sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, indem bislang »passive« Mittel

für die Existenzsicherung zugunsten der Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen »aktiviert« werden. Mit der Bewerbung um den Status einer Modellregion für den Passiv-Aktiv-Transfer allein ist es jedoch in keinem Falle getan. Auch die Entwicklung von »Finanzierungsmodellen« für den Passiv-Aktiv-Transfer allein hilft nicht weiter.

Wie die Erfahrungen aus Baden-Württemberg und aus Nordrhein-Westfalen zeigen, ist neben dem Transfer auch eine entsprechende Beteiligung mit Landesmitteln erforderlich, damit eine hinreichende qualitätsgerechte Ausgestaltung möglich wird. Die Chance, Mittel aus dem Leistungsrecht zugunsten der Aktivierung von langzeitarbeitslosen Menschen im Eingliederungstitel zu nutzen, führt zunächst

nur zu einer Umschichtung mit dem erklärten Ziel, dass keine Mehrkosten entstehen. Ohne Mehrkosten – also entsprechende zusätzliche Landesmittel – wird aber weder eine öffentlich-geförderte Beschäftigung im Bereich guter Arbeit (tarifvertraglich entlohnt, voll sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd) möglich noch die erforderliche begleitende tätigkeitsbezogene Qualifizierung und Coaching sicherzustellen sein. Mit bloß kostenneutralen »Finanzierungsmodellen« wird hier dementsprechend nichts auszurichten sein.

Die SPD ist in Hamburg nicht nur unfähig, Sozialsenator Scheele beim Umbau der Arbeitsmarktpolitik hin zu den Null-Euro-Jobs zu stoppen. Jetzt wird auch noch eine öffentlich-geförderte Beschäftigung zum haushaltspolitischen Nulltarif gefordert. Während in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bereits Modelle laufen, die mit eigenen Landesmit-

teln ausgestattet sind, soll Hamburg damit weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleiben. Der krasse Unterschied zum SPD-regierten Nordrhein-Westfalen zeigt, dass es sich um ein typisches Problem der Hamburger SPD handelt, die sich immer mehr zum reinen Bürgermeister-Wahlverein entwickelt.

Die SPD schafft es damit einmal mehr, ihre arbeitsmarktpolitische Konzeptlosigkeit unter Beweis zu stellen. Statt ein echtes eigenes Modell zu entwickeln, wird zudem der Ball nur wieder Sozialsenator Scheele zugespielt. Die SPD geht damit arbeitsmarktpolitisch handlungsunfähig in den kommenden Bürgerschaftswahlkampf. Das lässt für die Stadt nichts Gutes erwarten. Ohne eine gestärkt kräftige Opposition von links wird sich an dieser Entpolitisierung der Bürgerschaft nichts ändern lassen.

Hamburgs Osten im Fokus



»Stromaufwärts an Elbe und Bille«, Titelfoto (Ausschnitt)

»Neben der Hafencity, dem »Sprung über die Elbe« (Elbinseln und Harburger Binnenhafen, Elbmosaik und Fischbeker Heidbrook/Gelände der ehemaligen Röttiger-Kaserne) und der Mitte Altona rücken nun auch die urbanen Räume im östlichen Teil Hamburgs in den Fokus moderner Stadtentwicklung: Hammerbrook, Borgfelde, Hamm, Horn, Rothenburgsort, Billbrook und Billstedt mit Mümmelmannsberg bieten enorme Entwicklungspotenziale für neuen Wohnraum, moderne Industrie- und Gewerbestrukturen sowie für die Verbindung von Wasser und Grün.« Mit diesen Worten leitet die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf ihrer Website eines der größten, auf zehn Jahre projektierten Stadtentwicklungsprojekte der letzten Jahre ein. Auch wenn der Lokal-Redakteur Oliver Schirg treffsicher formuliert: »Wahl-

kämpfer lieben die Ankündigung großer Projekte« (Hamburger Abendblatt, 12.8.2014), so enthält das vom Senat am 8. Juli erstmals präsentierte Vorhaben doch interessante und fragwürdige Aspekte zugleich.

Der Hamburger Osten

Zunächst zu dem, was der Senat da als neuen Handlungsraum entdeckt hat. Zum Osten werden die oben genannten Stadtteile gezählt. Hier leben auf einer Fläche von rund 44 qkm knapp 164.000 Menschen, davon alleine in Billstedt gut 69.000 (darin eingeschlossen Mümmelmannsberg mit 18.500 BürgerInnen). Einen Migrationshintergrund haben ca. 45% der Bevölkerung, bei den Kindern und Jugendlichen sogar 72%. Von den 84.900 Wohneinheiten unterliegen 18.315 einer sozi-

alen Bindung, die SAGA GWG ist hier mit 20.575 Wohnungen vertreten, davon in Billstedt 10.826 und 6.448 in Horn. Rund 11.500 Beschäftigte arbeiten in 855 Betrieben alleine in den Industriegebieten Billbrook und Rothenburgsort.

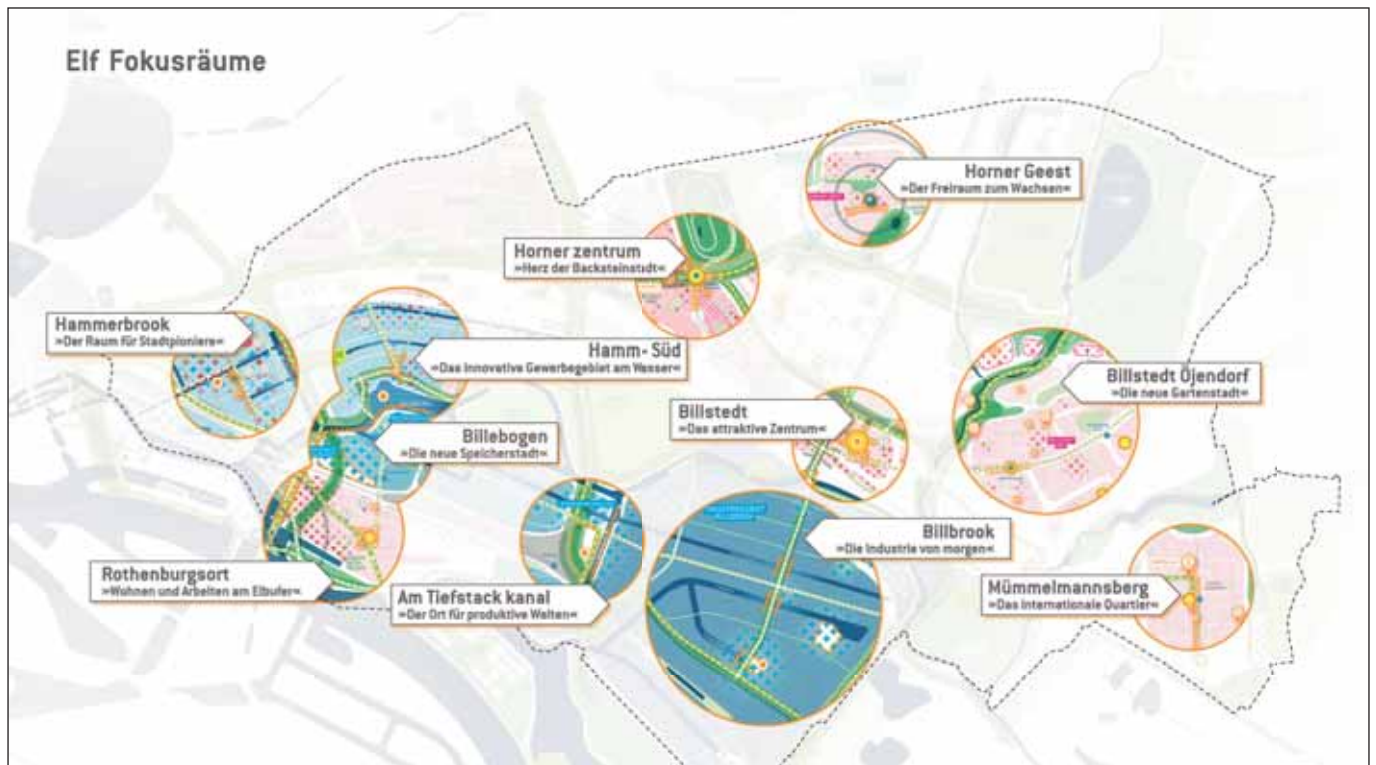
Die Pläne des Senats

»Stromaufwärts an Elbe und Bille«, so lautet der Titel der Pläne des Senats »zur Entwicklung des Hamburger Ostens«. Und es geht dabei um die Kombination von »Wohnen und urbaner Produktion«. Geplant ist, in den kommenden zehn Jahren zwischen 15.000 und 20.000 Wohneinheiten neu zu errichten. Angeblich von Olaf Scholz »in Auftrag gegeben« und von Oberbaudirektor Jörn Walter umgesetzt, werden beispielhaft zunächst elf »Fokusräume« ins Auge gefasst, in denen neu geschaffene »Bündnisse für Quartiere« aus Senat, privaten InvestorInnen und dem Bezirk Hamburg-Mitte die Entwicklung ankurbeln sollen. Aber nicht nur Wohnungen an »idyllischen Ufern« sollen entstehen, auch an neue Parks und Grünzüge sowie die Schaffung von Mischgebieten wird gedacht. Damit ist viel Wortgebimmel verbunden, z.B. wenn es im Kapitel »Identitäten sichtbar machen« heißt, dass der Senat mit seinem Stromaufwärts-Konzept »auf eine konsequente Stärkung der vorhandenen und die Schaffung neuer Lebensqualitäten«, auf die »städtebauliche Weiterentwicklung der Backsteinstadt in Hamm und Horn«, »durchgehende grüne Verbindungsachsen und nutzbare Quartiersparks« und die »Förderung von nachbarschaftlichen Identifikationsorten« setzt. An weiteren »Handlungsfeldern« werden folgende Stichworte geliefert: »Räume vielseitig nutzen«, »Zentren stärken«, »Neue Wege schaffen«, Lernräume integrieren« und »Gemeinsam entwickeln«.

Tatsächlich liegen die groben Skizzen für die Vorhaben in den verschiedenen Stadtteilen bereits auf dem Tisch: Hammerbrook z.B. soll aufgrund seiner heutigen Struktur als Büro- und Gewerbeort »Der Raum für Stadtpioniere« werden, Hamm-Süd wird als »Das innovative Gewerbegebiet am Wasser« angepriesen, Rothenburgsort soll »Wohnen und Arbeiten am Elbufer« ermöglichen, der Billebogen »Die neue Speicherstadt« werden, Horns Zentrum wird als »Das Herz der Backsteinstadt« ausgerufen, die Horner Geest als »Der Freiraum zum Wachsen«, Öjendorf wird »Die neue Gartenstadt«, Billstedt »Das attraktive Zentrum« und Mümmelmannsberg »Das internationale Quartier«. Die BSU hat ganz offenbar einige Lyrik aufgewendet, um das Gesamtkonzept recht schön zu drapieren. Es sprengt den Raum dieses »BürgerInnenbriefes«, alle Aspekte des Plans »Aufbau Ost« (Hamburger Abendblatt, 12.8.2014) zu beleuchten. Wer den ersten Wurf des Senats in Gänze kennenlernen möchte, sollte sich die von der BSU eingerichtete Website www.hamburg.de/stromaufwaerts zu Gemüte führen.

Wie geht es weiter?

Die öffentliche Diskussion der Senatspläne hat natürlich schon im Juli begonnen, das »Hamburger Abendblatt« z.B. bringt alle paar Tage einen längeren Artikel zu jeweils einem der betroffenen Stadtteile. Im September soll ein erstes »Informationsheft« erscheinen, in dem die bisherigen Pläne und Erläuterungen dargestellt werden. Zum Ende des Jahres wird eine »Stadtwerkstatt« anvisiert, eine große Veranstaltung mit Großkopfeten, die dann erzählen, wo's lang geht. Und im Frühjahr ist dann das Rahmenkonzept »fertig«, d.h., dass die BürgerInnen der jeweiligen Stadtteile und ihre Gremien und



»Stromaufwärts an Elbe und Bille«

Initiativen kaum Zeit haben, an den weitreichenden Entscheidungen teilzuhaben. Das hat der Senat offenbar aus den Teiligungsstrukturen rund um die Neue Mitte Altona gelernt: Am besten weitgehend auf Partizipation verzichten, dann gibt's keine Probleme und das Ganze kann schnell durchgewunken werden. Die Ankündigung von Bezirksamtsleiter Andy Grote, die Stadtteilbeiräte in den Diskurs einzubeziehen, wirkt dabei ein wenig wie Hohn angesichts des Umstandes, dass eine ganze Reihe dieser Gremien gerade um ihr Überleben kämpfen. So wird ihnen der »Aufbau Ost« vielleicht noch eine kleine, zeitlich befristete Geldspritze aus dem »Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit« einbringen, aber dann muss auch mal gut sein mit der Stadtteildemokratie von unten.

Eine erste kritische Bewertung

Das Gesamtvorhaben »Stromaufwärts an Bille und Elbe« birgt so viele Facetten, aber auch Unklarheiten, vom Wortschwall und der Vorliebe von Ankündigungen großer Projekte im Vorwahlkampf ganz abgesehen, dass eine umfassende oder gar abschließende Bewertung aus linker Perspektive noch nicht möglich ist. Wir werden die Erörterung dieses Projekts also in den kommenden »Bürgerbriefen« fortsetzen, wie wir das schon seit Jahren im Zusammenhang mit der HafenCity und der Neuen Mitte Altona tun. Vorangestellt seien einige Grundlinien in Thesenform:

1. Klar ist, dass ein so großes Vorhaben, das sieben Stadtteile, darunter vier bevölkerungsreiche umfasst, Anliegen der Menschen in den Quartieren selbst sein muss. Umfassende Beteiligung von Anfang an und dann auch die dauerhafte Begleitung dieses Zehn-Jahres-Programms ist Dreh- und Angelpunkt einer demokratischen Stadtteilentwicklung. Gemessen an den bisherigen Ankündigungen ist davon fast nichts zu erkennen.
2. Grundsätzlich zu begrüßen ist sicherlich, dass der Hamburger Osten mit seiner vielfältig benachteiligten Bevölke-

rung vermehrt ins Augenmerk rückt. Zu fordern ist, die Entwicklung in den »Fokusräumen« so zu gestalten, dass die in der Metropole immer mehr aufgehende Schere zwischen Arm und Reich mit geeigneten Maßnahmen in eine andere Richtung gedrängt wird. Es darf nicht nur um ein besseres Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten gehen, es muss vor allem in sozialer und kultureller Hinsicht vieles dafür getan werden, die Benachteiligungen sukzessive abzubauen. Kürzungen bei Einrichtungen, Abbau sozialer und kultureller Errungenschaften sind ein No-Go. Doch die bisherigen Ankündigungen des Senats lassen Konkretes vermissen.

3. Die großspurig angekündigten Veränderungen im Hamburger Osten dürfen keinesfalls dazu führen, hier eine Art Aufwertungsprogramm zu fahren und der Verdrängung Tür und Tor zu öffnen. »Der Senat darf nicht nur bunte und grüngefärbte Pläne für den Hamburger Osten zeichnen, er muss eine Strategie zum Erhalt des günstigen Wohnraums entwickeln. Die starke Behauptung, alles werde gut, reicht da nicht«, heißt es in einer Pressemitteilung der Linksfraktion vom 8. Juli.
4. Ausgerechnet die »HafenCity Hamburg GmbH«, die sich laut Senatspresseerklärung vom 8. Juli »als Entwickler des größten innerstädtischen Neubauprojekts, der HafenCity, bewährt hat«, zum Chefentwickler zu erklären, heißt, den Bock zum Gärtner zu machen. Denn die HafenCity ist wohl das genaue Gegenteil einer auf demokratische Beteiligung von unten und eine soziale und kulturelle Teilhabe abzielenden Stadtentwicklung. Hier ist achtzugeben, dass nicht das Gleiche wie in der HafenCity und teilweise auch in Altona passiert: ein weitgehender Ausschluss der vorhandenen Stadtteilgremien, aber auch der bezirklichen Gremien und selbst der Bürgerschaft von den grundlegenden Entscheidungen.

Weites Land, wilder Osten – Eine Fahrradführung durch die Ebenen der unteren Bille

Im Rahmen der Reihe »Fraktion vor Ort« lädt Heike Sudmann zur Teilnahme an einer etwa zweieinhalb- bis dreistündigen Fahrradexkursion durch Hamburgs Osten ein, der nach Planung des Senats zum neuen Babel des Wohnungsbaus werden soll. Als Experte wird Ingo Böttcher von der Initiative Hamburgs Wilder Osten (HWO) dabei sein und die Schauplätze aktueller Planungen und Projekte, aber auch die Schönheiten und Kuriositäten der Stadtentwicklung an der Bille erläutern. Gleich mehrere der so genannten Fokusräume werden dabei in Hamm, Horn, Billbrook und Rothenburgsort erkundet.

**Sonntag, 21. September, 14 Uhr,
Treffpunkt U2- und U4-Station Hammer Kirche
(hier können auch Stadträder entliehen werden)**



Mit I. Böttcher (r.) am Störtebekerhaus in Hamm, 20.7.2014 (M. Fisch)

Stadtentwicklung à la SPD in Ottensen

Von Heike Sudmann



Der Titel könnte auch lauten: Wie aus 86 Wohnungen nun 850 Arbeitsplätze der Werbebranche werden sollen und wie ein SPD-Politiker wenn schon nicht zum Bundestagsabgeordneten, so doch zum Immobilienberater wird.

Geplanter Wohnungsbau auf dem Zeise-Parkplatz...

Der Zeise-Parkplatz in Ottensen soll bebaut werden. Das ist keine neue Nachricht: Seit 1997 gibt es einen Bebauungsplan für diese Ecke. Anfang 2014 wurde im Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona folgende Planung der Projektentwickler der Firmen Procom und Quantum vorgestellt: 86 Wohnungen (41 geförderte und 45 frei finanzierte) mit insgesamt 7.871 qm Bruttogeschossfläche sowie Gewerbe (für Läden, z.B. einen Biomarkt) mit 2.680 qm Bruttogeschossfläche seien vorgesehen. Der Bauantrag wurde für März 2014 angekündigt.

Das zu bebauende Grundstück gehört der Stadt. Procom und Quantum haben aufgrund ihrer Planungen für Wohnungen grünes Licht für einen späteren Kauf der Flächen von der Stadt bekommen. Diese »Anhandgabe« der städtischen Flächen an die Projektentwickler hat die Kommission für Bodenordnung bereits entschieden. Die abschließende Entscheidung zu dem Verkauf an die Projektentwickler steht demnächst an.

... entpuppt sich als riesiger Bürobau

Statt die Planungen zu konkretisieren und den versprochenen Bauantrag für die Wohnungen einzureichen, haben Procom und Quantum Ende Juli eine regelrechte Bombe platzen lassen. Die gesamte Fläche soll nunmehr zu einem Bürokomplex für einen Giganten der Werbebranche (WPP) werden, zu dem auch die Hamburger Agentur Scholz&Friends gehört. Es soll bereits Gespräche der Stadt zu den neuen Planungen mit den Projektentwicklern gegeben haben. Die 850 Arbeitsplätze werden als scheinbar unschlagbares Argument angeführt.

Die SPD hat ein Problem?!

Wie wird die SPD sich in Altona und auf Landesebene dazu verhalten? Lauter Widerspruch der SPD gegen die Büroplanung war bisher nicht zu vernehmen. Mark Classen, bis zum 10. Juni 2014 SPD-Bauexperte und langjähriges Mitglied im Bauausschuss Altona, hätte normalerweise sofort die Medien um sich geschart und einen Kommentar abgegeben. Doch der SPD-Genosse hat – so war es in der »taz« vom 13. August sowie in »Die Zeit Hamburg« vom 21. August zu lesen – am gleichen Tag, als er aus dem Bauausschuss ausschied, im Handelsregister seine neue Tätigkeit als Geschäftsführer von »Pare Consulting«, einer Kommunikationsfirma für Investoren im Immobiliengeschäft, eintragen lassen. In der letzten Legislatur noch als Politiker mit der Planung befasst, berät er nun die Firma Quantum. »Die Zeit« zitiert ihn: »Ich bin kein Verräter. Was ich als Politiker vertreten habe, vertritt ich jetzt genauso als Berater«. Na, da ist ja jeglicher Spielraum für Interpretationen offen.

Der Stadtteil wehrt sich

Doch auch ohne das seltsame Gebaren des bisherigen Bauexperten der SPD sind die AnwohnerInnen und viele UnterstützerInnen aus Ottensen auf Zinne. Sie organisierten eine Spontan-Demo und starteten erfolgreich eine Online-Petition, zu finden unter <https://www.openpetition.de/petition/online/wohnungen-statt-werber-keine-buerobebauung-fuer-zeise-ii-an-der-friendensallee>. In ihrer Begründung erklären sie u.a.: »Ottensen wurde historisch geprägt durch Fabriken und Handwerksbetriebe, arm und berüchtigt für Tuberkulose-Infektionen. Als die Industrie ging, kamen Studenten, Künstler und Kreative – und verwandelten Ottensen in das bunte Viertel, das es heute ist. Doch diese Struktur ist schon seit einigen Jahren bedroht. Ein Werbe-Büro für 850 Mitarbeiter wäre quasi der Sargnagel und würde auf einen Schlag die Mischung in Ottensen verändern. Und das gilt nicht nur

für das »Zeise II«-Gelände, sondern auch für die umliegenden (Wohn-)Straßen. Die Politik freut sich über die »Kreativbranche« – gleichzeitig werden immer mehr Freiräume, in denen individuelle Kreativität blühen könnte, zurückgedrängt. Ein Beispiel: Die Theaterakademie, die lange Zeit in den Zeise-Hallen zu Hause war, musste umziehen. Büroflächen gibt es in Hamburg mehr als ausreichend. Was fehlt, sind Räume, in denen die Menschen, die diese Stadt ausmachen, wohnen und (sich aus-)leben können.«

Mit dem Verkauf des Grundstückes für eine Bürobebauung würde die Stadt die InvestorInnen auch noch dafür belohnen, dass diese sie mit den versprochenen (Sozial-)Wohnungen an der Nase herumgeführt haben. Die Entscheidung über den Verkauf fällt in der Kommission für Bodenordnung, in der neben verschiedenen Behörden auch die Fraktionen vertreten sind. Nur der Linksfraktion in der Bürgerschaft und in den Bezirken wurde bisher durch die Begrenzung der Größe der Kommission ein Platz verwehrt. So werden wir weiter auf anderem Wege in Bezirk und Bürgerschaft säckeweise Sand ins Getriebe streuen müssen.

Wer sich ein bisschen amüsieren oder gruseln möchte, je nach Veranlagung, schaut sich die Bewerbungsrede an, die **Mark Classen** am 11. Dezember 2012 als – letztlich – erfolgloser Kandidat für die Bundestagswahl 2013 gehalten hat: www.youtube.com/watch?v=lwU13TIFGDw.

»Ich bin kein Verräter – Ich habe eine ganz solide Dienstleistung anzubieten«, so liest es sich in der »Zeit« vom 21.8.2014 über Mark Classen: www.zeit.de/2014/35/lobbyismus-portraet-mark-classen.

Und am 26. August ging es auch bei »Panorama« (NDR) um den Wechsel vom Bauexperten zum Immobilienberater: www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Das-Politik-Magazin,sendung271684.html.

Am Antikriegstag auf die Straße gehen



In diesem Jahr organisiert das Hamburger Forum für Völkerverständnis und weltweite Abrüstung e.V. die Demonstration zum Antikriegstag gemeinsam mit dem Hamburger

Friedensnetz. Im Hamburger Friedensnetz haben sich unterschiedliche emanzipatorische Gruppen, Organisationen und Parteien aus der Friedensbewegung in Hamburg zusammengeschlossen. Näheres unter www.friedensnetz.info. Selbstverständlich ruft auch DIE LINKE zur Beteiligung auf. Wir doku-

mentieren hier den Aufruf zur Kundgebung am 1. September.

Den Kriegsterror beenden – gemeinsam für den Frieden!

Nein zum Krieg in der Ukraine

In der Ukraine tobt der Krieg. Er ist Ausdruck dafür, dass sich der Kampf der Großmächte um ihre Einflussphären zuspitzt – ausgetragen auf dem Rücken der Bevölkerung, die furchtbar leiden muss.

Mit politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln versuchen die USA, die EU und Deutschland, ihre expansiven

geostrategischen und ökonomischen Interessen durchzusetzen, und sind dabei bereit, über Leichen zu gehen. Um ein Assoziierungsabkommen mit der EU durchzusetzen, wurde in der Ukraine ein gewaltsamer Regierungswechsel inszeniert und das Land in den Bürgerkrieg getrieben. Die Bundesregierung arbeitet dafür auch mit offen faschistischen Kräften zusammen. Mit Sanktionen und Kriegshetze gegen Russland wird der Konflikt weiter angeheizt, ganz besonders durch die USA. Hier droht eine neue Blockkonfrontation bis hin zur Gefahr eines neuen globalen Krieges. Die historischen Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen scheinen vergessen.

Zwei Weltkriege – reicht das nicht?

Vor einhundert Jahren begann der 1. Weltkrieg – er kostete 17 Millionen Menschen das Leben. Nur 25 Jahre später begann am 1. September 1939 mit dem Überfall der faschistischen deutschen Wehrmacht auf Polen der 2. Weltkrieg – 55 Millionen Menschen starben.

Das Erinnern an die Schrecken von Faschismus und Krieg ist für uns Verpflichtung, uns auch heute weiter für die »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln« und »für eine Welt des Friedens und der Freiheit« einzusetzen, wie es im Schwur von Buchenwald heißt. Denn diese Ziele sind bis heute nicht erreicht. Heute sind deutsche Soldaten in zahlreichen Ländern und Regionen im Einsatz – unter anderem in Afghanistan, im Mittelmeer, vor der Küste von Somalia, in Mali ...

Im Irak und in Afghanistan zeigt sich in besonderem Maße, dass Krieg das soziale und ökonomische Entwicklungspotenzial zerstört. Nach 13 Jahren Krieg in Afghanistan ist die Zukunft für die Bevölkerung ungewiss: Gewalt ist weiter Bestandteil des Alltags, ein großer Teil des Landes ist zerstört, viele Menschen leben im Elend, die Korruption grassiert, die Opiumproduktion floriert und die Gewinne stärken bewaffnete Banden und organisierte Kriminalität.

Aber Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier fordern mehr deutsche Verantwortung: Noch mehr Soldaten sollen in weltweite Kriegseinsätze geschickt werden.

Deutsche Waffenlieferungen an Israel?

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland – auch durch den Export von Waffen. Deutschland hält seinen Platz als weltweit drittgrößter Waffenexporteur – von Kleinwaffen über Panzer bis hin zu Kriegsschiffen und U-Booten. Der Hamburger Hafen ist eine Drehscheibe des internationalen Waffenhandels.

Israel, das seit langem Krieg im Gazastreifen führt, wird mit deutschen Waffenlieferungen unterstützt. Israelische Kampfdrohnen haben seit Beginn der 2000er Jahre Hunderte Zivilisten im Gazastreifen ermordet. Zuletzt eskalierte der Krieg durch den Einsatz von Bodentruppen, der Gazastreifen wurde völlig verwüstet, die Bevölkerung noch weiter ins Elend gestürzt.

Wir gehen am Antikriegstag auf die Straße, um unseren Protest gegen eine militaristische und expansive Außenpolitik deutlich zu machen:

- Wir fordern Verhandlungen mit allen Kriegsbeteiligten in der Ukraine und im Gazastreifen – Deutschland muss seine Unterstützung für die Kriegsparteien einstellen.
- Wir sind solidarisch mit den antifaschistischen Kräften in der Ukraine und fordern eine Verständigung mit Russland.
- Wir sagen Nein zum Einsatz deutscher Soldaten im Ausland.
- Wir fordern Rüstungskonversion und ein Verbot des Exports von Rüstungsgütern – Hamburg muss die Rüstungsexporte über den Hafen unterbinden.
- Wir sagen Nein zur Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr – der Einsatz dieser Waffen muss international geächtet werden.
- Wir fordern eine Welt frei von Atomwaffen – keine Modernisierung, sondern Verschrottung der auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen.
- Wir lehnen die menschenfeindliche Abschottungspolitik der EU ab und fordern verstärkte Aufnahme von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen in Deutschland.

Die Kundgebungen am Montag, 1. September 2014

18:00 | Auftakt am Kriegsklotz, S-Dammtor/U-Stephansplatz

19:00 | Kundgebung Barlachstele, Rathausmarkt

19:30 | Kundgebung Jungfernstieg, Alsteranleger

Im Anschluss Menschenkette um die Binnenalster



V.i.S.d.P.: Markus Gunkel, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V.,
21493 Schwarzenbek bei Hamburg

Kulturtipp: Die Waffen nieder!



»Krieg - Leben - Frieden«: GEDOK-Ausstellung

Mit dieser Parole setzte sich die Pazifistin Bertha von Suttner (1843-1914) vor gut einem Jahrhundert für eine allgemeine Abrüstung ein. Das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren sowie des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren wird in den vergangenen Monaten überschattet – und in gewisser Weise »aktualisiert« – durch die gegenwärtigen militärischen Konflikte in Israel und Palästina, im Irak und in der Ukraine. Unverhohlen arbeitet die Große Koalition an einer Erweiterung der »Einsatzmöglichkeiten« der Bundeswehr. Trotz aller Bekenntnisse, bei Rüstungslieferungen ein bisschen mehr hinzuschauen, wird mal eben von der Bundesregierung entschieden, Waffen in den Irak zu schicken, werden Drohnen zum neuen Rüstungsschlag usw.

Anlass also, an Bertha von Suttner zu erinnern und den 1. September als internationalen Antikriegstag zu begehen. Auf die Hamburger Friedensdemonstration am selben Tag weisen wir in diesem »BürgerInnenbrief« hin (siehe S. 15f.). Hier seien ergänzend folgende Kulturtipps angeführt:

Am Nachmittag des 1. September findet um 17 Uhr am Denkmal der polnischen Opfer in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Jean-Dolidier-Weg 75) eine Gedenkveranstaltung

statt, zu der das Polnische Generalkonsulat, die Polnische Katholische Mission und die Gedenkstätte einladen.

Informationen zu weiteren Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939, ZwangsarbeiterInnen zwischen 1939 und 1945 in Hamburg und den Warschauer Aufstand 1944 stehen, gibt es unter www.hamburg.de/ausstellung-zwangsarbeiter/ und www.hamburg.msz.gov.pl.

Am Abend des 1. September lädt zudem der gewerkschaftliche Kulturverein Be60 in den neuen Klubraum des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 62) ein. Um 20 Uhr liest dort Irene Kroll aus ihrer Biografie »Die Spur des Vaters« und ihrem Roman »Dr. A.«. Unter der Überschrift »Tätervater« diskutiert die Autorin anschließend über Schuld, Verdrängung und Sühne.

»Krieg - Leben - Frieden«, so lautet der Titel der Ausstellung, die die GEDOK im Haus für Kunst und Handwerk (Koppel 66) am 2. September um 20 Uhr eröffnet und bis zum 6. September präsentiert. Gezeigt werden Arbeiten anlässlich des Antikriegstages von Inge Koch, Hanna Malzahn und Inga Sawade.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.